



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

347 (31.7.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186617](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186617)

dem Kommando ehemaliger Offiziere in starker militärischer Organisation zu bilden, deren zahlenmäßige Stärke in Berlin etwa 9000 Mann betragen soll.

Die alten Schutzmannschaften sollen allmählich entmilitarisiert werden und den übrigen Zweigen des Polizeidienstes, wie Gemeinde-, Gesundheits- und Verkehrspolizei, nutzbar gemacht werden.

Die ganze Organisation hat zunächst provisorischen Charakter. Die Frage, ob der Friedensvertrag die Anstellung einer derartigen Truppe gestattet, wird von zuständiger Stelle bejaht, da es sich um eine den Polizeibehörden unterstellte Einrichtung handelt und der Friedensvertrag eine Vermehrung der Schutzmannschaft entsprechend dem Zusatze der Bevölkerung zuläßt. Die Entente dürfte sich der Ermüdung nicht verschließen, daß in ihrem eigenen Interesse für Ruhe und Ordnung nur gefordert werden kann, wenn eine starke Macht zur Aufrechterhaltung der Ordnung vorhanden ist.

Beratung eines Postgesetzes.

Berlin, 31. Juli. (Kon. und Berl. Bura.) Die heutige Kabinettsitzung in Weimar wird sich mit dem Entwurf eines Postgesetzes und der neuen Fernsprechanbahnordnung beschäftigen.

von Bergen, Deutscher Gesandter beim Vatikan.

Rom, 29. Juli. (Melbung der Telegr.-Kompagnie.) Man erwartet in Italien als deutschen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim Vatikan Herrn v. Bergen, früherer Personalreferent im auswärtigen Amt. Er wird dann in der Villa Falconieri in Frascati seinen Wohnsitz nehmen.

Badische Landesversammlung.

41. Öffentliche Sitzung.

K. Karlsruhe, 30. Juli.

Präsident Kopf eröffnete um 3 Uhr 35 Min. die Sitzung. Abg. Ziegelmeier (Ztr.) stellte die kurze Ansprache, was die Regierung getan hat aber zu tun gedenkt, um die in Elbshöhlingen und in Feindesland zu Schaden gekommenen Landesangehörigen zu entschädigen.

Minister des Innern Kemmerle: Die Regierung hat sich der Betroffenen angenommen und ihre Gefühle sofort meist telegraphisch an die Reichsstellen weitergeleitet. Sie hat ferner ein Werkblatt ausgearbeitet. Das Reich hat erklärt, daß die Geschädigten ihre Schäden beim Reichsanwalt anmelden sollen. Verpflichtungen oder Ansprüche können vom Lande Baden nicht übernommen werden. Zur Unterföhrung der Geschädigten wurden Ausschüsse gebildet. Die weit eine Ersatzpflicht besteht, wird bei der Ausführung des Friedensvertrags zu prüfen sein. Einreden in diesem Sinne wurden an das Reichsministerium für Hochverehrungen gegeben und der badische Vertreter in Berlin wurde zu persönlicher Unterföhrung beauftragt. Es darf hier auch an die Hilfsföhrung für vertriebene Elbshöhlinger erinnert werden. Die Reichsanwaltschaft steht mit der Reichsregierung in Verbindung. Die badische Regierung hat also, was ihr möglich war, getan, um die Interessen der durch den Waffenstillstand und den Frieden in Elbshöhlingen und dem feindlichen Ausland Geschädigten zu wahren.

Hierauf wurde die Beratung des 5. Nachtrags zum Staatsvoranschlag für 1918/19 fortgesetzt.

Abg. Stöckinger (Soz.) berichtete über die Hauptabteilung III; Ministerium des Kultus und Unterrichts. Ingesamt werden darin im ordentlichen Etat 1624 460 M. im außerordentlichen Etat 3 984 000 M. angefordert. Der Berichterstatter führte aus: Ein Kollege hat mich gebeten, mitzutun, doch er mit einer Position nicht einverstanden sei. Er könne aber trotzdem nicht gegen den Voranschlag stimmen. Ein Antrag der Abg. Dr. Schöfer und Stöckinger verlangte Aufschub über die Wahl der Schüler, die Nachbesehungen bedürften und darüber, wie weit in die Beköhrnisse zurückverwiesen werden mußten. Der Berichterstatter empfahl die Annahme dieses Antrags, den der Ausschuß zu dem feintigen gemacht habe. Dann erwähnte der Berichterstatter die Streichung von 1 Million Mark aus dem Voranschlag. Bei dem Bau der für die Hochschulen habe man bei Aufstellung des Etats mit 60 Mark für den Kubikmeter gerechnet, heute sei mit 75 M. zu rechnen. Die Klampen in Freiburg seien überfüllt. Statt einer Klamp solle zwei kleinere gebaut werden. Die Kosten dafür würden 9 Millionen M. betragen. Die Klampen in Heidelberg können mit ihren Betriebskosten nicht auskommen. Schon nach dem ersten halben Jahre seien Beiträge vorhanden gewesen. Die Kommission habe der Verlegung der Hochschule nach Freiburg zugestimmt. Der Redner wandte sich gegen die Bemerkung des Senats der Kreisbürger Unterföhrung, der dem Kantons Oberinspektion gegenüber den Unterföhrungen vorkam. Daraus könne keine Rede sein, denn der Kantons habe jederzeit hohe Summen für diese Anstalten bewilligt und sei vielfach bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen, um die Unterföhrungen auf der Höhe zu halten. Von Jahr zu Jahr eine Einlage von 100 Bürgern einzuweisen, die die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums verlangen, im Gegensatz zu dem Beschlusse des Ausschusses, der diese Anstalt in eine Oberrealschule umzuwandeln wolle, wofür eine Petition mit 402 Unterschriften eingegangen sei. Der Bürgerausschuß habe beschlossen, sich für die Umwandlung in eine Oberrealschule auszusprechen. Die Anhänger des humanistischen Gymnasiums sollen durch diesen einzelnen Fall nicht abgemurrt werden. (Abg. Dr. Schöfer: Wir wollen hoffen.)

Dann ging der Berichterstatter über zum Titel Wissenschaft und Kunst und behandelte hier die Frage des Landestheaters. Hier hat sich, führte er aus, die Korridorsfrage erhoben, soll der Staat überhaupt noch Aufschuß zum Landestheater leisten, oder der Stadt Karlsruhe das Theater als rein städtische Einrichtung überlassen. Auf diesen Standpunkt konnte sich die Regierung nicht stellen, aber auch ein Teil der Kommission konnte sich mit ihm nicht befassen; denn der Staat ist in die Rechte und Pflichten der Nationalität eingetreten. Daraus könnte dem Personal frühstens bis zum 1. September 1920 gekündigt werden. Bis dahin müßte der Staat den vollen Aufwand mit 17 Millionen Mark leisten. Bei dem Zustandskommen des Admoniums müßte der Staat nur 900 000 M. leisten für erste Jahre. Man kann das alte berühmte Theater nicht einfach seinem Schicksal überlassen und einfach schließen. Es besteht hier rechtliche und moralische Verpflichtungen. Die Kunst soll weiteren Freiraum zugänglich gemacht werden. Auch in Würtemberg muß der Staat Beiträge leisten zu dem Landestheater in Stuttgart. Dabei kommt die reichere Stadt Stuttgart besser weg, als Karlsruhe, sie braucht nur 750 000 M. auf 3 Jahre zu bezahlen. Die Stadt Karlsruhe muß für ihren Beitrag das Rechnungsergebnis zugrunde legen. Wir haben nun für die Vereinbarung zwischen Stadt und Senat über das Landestheater 7 Punkte aufgestellt, die im Ausschuß mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen wurden. Danach wurde die Stadt verpflichtet, 50 Prozent des Betriebsausfalles zu decken und im Spieljahre 1925/26 das Theater in eigene Regie zu übernehmen. Die Stadt hat in Punkt 8 den Vorbehalt gemacht, daß der Beitrag zur Vorauszahlung habe, daß der Theaterbetrieb überhaupt möglich sei. Sie will also ihren Rückschuß nicht ändern, wenn wegen Rückenschußes nicht gestellt werden kann. Der Haushaltsausschuß hat diesen Vorbehalt nicht angenommen.

In der Einzelberatung wurden die Posten des Voranschlags angenommen. Die Umwandlung des Gymnasiums in Badrin in ein Realgymnasium wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums beschlossen.

Bei dem Titel „Wissenschaft und Kunst“, Posten Landestheater, stellte das Zentrum einen Antrag, nachdem das Landestheater in Karlsruhe geschlossen werden und die Beamten und Angestellten aus der Staatskasse pensioniert werden sollen. Auf Antrag des Abg. Seubert wurde über den Antrag namentlich abgestimmt. Er wurde mit 49 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmte die Linke geschlossen, vom Zentrum die anwesenden drei weiblichen und einige andere Mitglieder von den Deutschnationalen, die städtischen Mitglieder, dafür das Gros des Zentrums und die drei bäuerlichen Deutschnationalen.

Die übrigen Postitionen des Nachtragsentwurfs wurden genehmigt. Minister Hummel legte einen Gesetzentwurf auf Vornahme von Änderungen am Schulgesetze von 1910 vor und

bat den Gesetzentwurf noch vor der Landtagspause zu erledigen. Der Gesetzentwurf ging an die Haushaltskommission. Abg. Seubert (Ztr.) berichtete über die Hauptabteilung; Ministerium des Innern. Die Ausgaben betragen im ordentlichen Etat 1 621 010 M., im außerordentlichen Etat 3 984 000 M. und Einnahmen von 15 000 M. im ordentlichen und 1 304 000 M. im außerordentlichen Etat. In einzelnen Posten wurden einige Abstriche gemacht. U. a. führte der Berichterstatter aus: Das bei der Regierung geschaffene Pressebüro hat die Aufgabe, die Zeitungen mit Nachrichten der Regierung zu versehen, die Zeitungen (144 deutsche und eine Anzahl ausländische) zu versehen und eine Sammlung beachtenswerter Artikel in einem Archiv besorgen. Der Haushaltsausschuß moe mit Ausnahme des deutschnationalen Vertreters mit der Tätigkeit der Presseleitung zufrieden. Der Berichterstatter sprach den Wunsch aus, daß die Regierung über die Stimmung im Lande noch besser unterrichtet werde. Der Redner behandelte dann weiter die Anforderungen der Volkswehr und Volkspolizei usw. und stellte den Antrag auf Genehmigung der Anforderungen mit einigen Abstrichen. Das Haus beschloß demgemäß.

Dann beantwortete Minister Rückert folgenden Antrag des Abg. Haurig (Ztr.): „Die Kammer wolle beschließen, die Regierung um eine Statistik der gegenwärtig im Lande vorhandenen Baumaterialien zu ersuchen.“ Darnach hat die Regierung Statistik über die Vorräte von Baustoffen. Es bestanden sich im Boden: 2 350 000 Sandsteine, 600 000 Gesteine; die monatliche Erzeugung beträgt: 8 220 000 Sandsteine, 1 Million Gesteine, 1 200 000 Bausteine, 14 000 Tonnen Zement, die monatliche Erzeugung ist 6 800 Tonnen, Kalk 170 bis 200 Tonnen tägliche Erzeugung, 170 Tonnen Gips; bei den Gipsermeistern keine, in vier Werken 200 Tonnen; Sausellen: kein Vorrat, ferner ist Dachpappe vorhanden; in vier badischen Werken werden 25 000 Quadratmeter monatlich erzeugt. Bauholz ist genügend vorhanden. Der Zementvorrat ist gering. Das Werk in Weimen steht wegen Kohlenmangels seit 14 Tagen still.

Abg. Görlicher (Ztr.) berichtete über die Hauptabteilung „Ministerium für militärische Angelegenheiten“. Die Anforderungen dafür mit 1 031 200 M., darunter 978 800 M. im ordentlichen Etat, wurden genehmigt.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtete über die Hauptabteilung „Ministerium für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten“. Die Ausgaben mit 2 91 000 M. im ordentlichen Etat und 2 135 000 M. im außerordentlichen Etat wurden ohne Aussprache genehmigt.

Das Haus beriet dann das provisorische Gesetz vom 23. Oktober 1918 über die Ausgabe von Banknoten durch die Badische Bank. Den Bericht erstattete für den Haushaltsausschuß Abg. Herdner (Dem.). Darnach ist das Gesetz notwendig, weil die Reichsbank dem Rotenbedürfnisse nicht mehr genügen kann. Deshalb soll die Zahl der Noten der Badischen Bank für Baden verdoppelt werden. Das Reichswirtschaftsamt war damit einverstanden. Nach Ausführungen des Abg. Dr. Stöckinger (Dem.) wurde das Gesetz angenommen.

Abg. Hrig (Dem.) berichtete über den Gesetzentwurf: Hebernahme von Reichs-Militär- und badischen Hofbeamten und Angehörigen der elbshöhlingischen Landesverwaltung und über die einschlägigen Petitionen. (Leber des Gesetz und seine Behandlung in der Kommission haben wir vor kurzem berichtet. Die Schriftleitung.) Das Haus nahm das Gesetz in der Form der Kommission mit 60 Stimmen an und erklärte die vorliegenden Petitionen als durch Annahme des Gesetzes erledigt.

Abg. Rarum (Soz.) begründete einen Antrag, der von verschiedenen Parteien unterstützt worden war und der es ermöglichen sollte, daß einschlägige Retiratskandidaten in badische Staatsdienste übernommen werden können. Der Antrag wurde angenommen. Dann wurde in der Beratung des 5. Nachtrags des Staatsvoranschlags fortgefahren.

Abg. Rarum (Soz.) berichtete über die Hauptabteilung „Finanzministerium“. Die Ausgaben betragen im ordentlichen Etat 545 600 M., im außerordentlichen Etat 26 217 230 M., die Einnahmen 37 500 M. im ordentlichen, 1 211 000 M. im außerordentlichen Etat. Die Anforderungen und Einnahmen wurden genehmigt.

Abg. Gähring (Dem.) berichtete über die Hauptabteilung „Verkehrsanstalten“. Die Ausgaben betragen 29 232 000 M. Die Anforderungen wurden genehmigt.

Abg. Gähring (Dem.) berichtete über die Hauptabteilung „Eisenbahnbau“. Die Einnahme beträgt 144 000 M., die Ausgabe 3 295 000 M. Sie wurden genehmigt.

Abg. Gähring (Dem.) berichtete über die Hauptabteilung „Eisenbahnschuldentilgungskasse“. Die Ausgabe mit 220 101 400 M. und die Einnahme (Schuldaufnahme) in gleicher Höhe wurden genehmigt. Dann wurde abgetrohen.

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag nachmittag halb 4 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des 5. Nachtrags, 6. Nachtrag und verschiedene. Der Präsident teilte mit, daß man heute Freitag mittag die Ferien beginnen zu können.

Schluß der Sitzung 9 1/2 Uhr.

Nationalversammlung.

Weimar, 31. Juli. (W. B.)

Am Regierungstisch Bamer, Dr. David, Dr. Preuß, Roste, Dr. Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 30 Uhr. Die Genehmigung der Strafverfolgung gegen den Abgeordneten Granhorfer wegen Vergehens gegen den Paragraphen 134 des Verfassungsgesetzes im Zusammenhang mit dem § 1 der Bekanntmachung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 wird erteilt.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs bei den gestern zurückgestellten Artikel 18 (Bänderfrage) wird fortgesetzt.

Abg. Ullrich (Ztr.) glaubt, daß durch die von Voeb, Trimborn und Heine vorgeschlagene Fassung des Artikels 18 eine Grundlage in dieser Frage geschaffen ist, die insbesondere den bedrohten Beleten, wie z. B. Oberösterreich, die Möglichkeit gibt, im Verband des deutschen Reiches zu bleiben.

Abg. Hofmann (Soz.): Wir erwarten eine Erklärung der preussischen Regierung, daß sie einem Zusammenschluß der thüringischen Staaten nicht in den Weg legt.

Abg. Hampf (Ztr.) tritt für die Bildung eines selbständigen Niederösterreichs ein.

Abg. Hell (Dem.): Wenn es möglich wäre, alles, was nicht preussisch ist, in dem preussischen Staat aufgehen zu lassen, dann würde ich damit einverstanden sein. Aber dieser Weg ist nicht gangbar. Es würde sich gegenüber dem norddeutschen Block ein süddeutscher bilden, möglicherweise unter Führung Österreichs, und wir hätten dann statt der Einheit eine Zerstückelung.

Graf Dohna (D. W.): Die Fassung des Kompromisses ist sehr wenig durchsichtig. Die wichtigste Frage, wer darüber zu entscheiden hat und ob Reichsinteresse vorliegt, ist vollkommen offen gelassen.

Abg. Dr. Philipp (D. W.): Wir erblicken in dem Kompromiß eine wesentliche Verschlechterung des Beschlusses der zweiten Sitzung. Es ist der Vereinigung des Reiches ungünstiger als die frühere Fassung. Preußen wird wohl gerettet, aber die Vereinigung Thüringens wird nicht besonders leicht gemacht. Wir werden den Artikel in seiner Gesamtheit ablehnen.

Abg. Koch-Rosel (D. W.): Wir erreichen das Ziel des Einheitsstaates dadurch, daß wir die Zuständigkeit des Reichshofes erweitern, solange allerdings die süddeutschen Staaten Schwierigkeiten machen. Können wir nicht allein von Preußen Engagementen verlangen. Wir erwarten aber von Preußen, daß es mit der Annahme seiner Provinzen voran geht und auf die Weise zur Annäherung an die Südstaaten kommt. Das Kompromiß ist eine Verbesserung und Klärung des Artikels 18. Wir können kein anderes Ziel als das des Einheitsstaates.

Abg. Hölzing (S.): Die Bewegung, die Oberösterreich zu einer selbständigen Republik machen soll, wird nicht getragen von der großen Masse der Bevölkerung, sondern von einer handvoll Kapitalisten, Industriellen und Großgrundbesitzern. Oberösterreich weiß ganz genau, wofür großer Schaden es für die arbeitenden Klassen und den Mittelstand wäre, von Preußen losgelöst zu werden. Die Bevölkerung wird der Gefahr mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen müssen.

Letzte Meldungen.

Zur Angliederung Koburgs an Bayern.

München, 31. Juli. (Priv.-Tel.) Zur Angliederung Koburgs an Bayern wird gemeldet, daß im ehemaligen Herzogtum Koburg eine Volksbefragung durchgeführt wird, ob unter den bereits besprochenen Vereinbarungen der Anschluß Koburgs an Bayern erfolgen soll. Wie der „Königsheimer Zeitung“ aus Bamberg noch gemeldet wird, befindet sich unter den Bedingungen, unter denen sich Koburg anschließen soll, auch die, daß für den Bereich des bisherigen Herzogtums Koburg zwei Abgeordnete zum bayerischen Landtag zugestanden werden.

Kaiser Wilhelm im Tower.

Rotterdam, 29. Juli. (Melbung d. Telegr.-Komp.) Die Times will erfahren haben, daß im Tower Räume für die Aufnahme Wilhelms II. in Bereitschaft gesetzt werden.

Vom obersten alliierten Rat.

Lugano, 30. Juli. (Melbung der Telegraphen-Komp.) Der Oberste alliierte Rat lehnte das serbische Gesuch, in Fiume eine Handelsbasis zu errichten, ab als nicht notwendig. Ferner wurde die schleunige Wiederaufnahme des Postverkehrs mit Deutschland beschlossen, zumal England und Amerika die Verbindungen bereits wieder aufgenommen hätten.

Aufhebung der Blockade gegen Rußland.

Bern, 30. Juli. (Melbung der Telegraphen-Kompagnie.) Die aus Paris gemeldet wird, hat der Rat der fünf beschlossen, die Blockade gegen Rußland aufzuheben, weil in Wirklichkeit kein Kriegszustand mit Rußland besteht. Die Blockade wird erlocht werden durch eine Embargo, das der britischen Marine das Recht gibt, alle nach Rußland fahrenden Schiffe anzuhalten und ihre Ladungen zu untersuchen, insbesondere in Bezug auf Waffen und Kriegsmaterial. Dagegen würde man die Einfuhr gewisser Lebensmittel erlauben. Zu gleicher Zeit sollen Maßnahmen getroffen werden, um die Einfuhr von Kriegsmaterial durch die Vermittlung Deutschlands zu verhindern. Es wird behauptet, daß die großen Mengen von Kriegsmaterial aus den Vorräten kommen, die Deutschland in Rußland zurückgelassen habe.

Einführung einer lettisch-litauischen Sondergesandtschaft nach Berlin.

Milau, 31. Juli. (W. B.) Die lettisch-litauische Regierung beschloß die Entsendung einer Sondergesandtschaft nach Berlin unter der Führung des Mitgliedes der deutsch-baltischen fortschrittlichen Partei des Ingenieurs Schreiner. Die Gesandtschaft soll insbesondere die Heimbeförderung der noch in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen lettischer Herkunft beschleunigen und überwachen und versuchen, die deutsche Presse in großem Umfang über Lettland im Sinne der Regierung Umanis zu unterrichten.

Schwere Niederlage der ungarischen Sowjetarmee.

Wien, 29. Juli. (Melbung der Telegraphen-Komp.) Die aus Budapest und Bukarest eingetroffenen Meldungen lassen erkennen, daß die ungarische Sowjetarmee eine sehr schwere Niederlage erlitten hat. Die rumänischen Truppen bleiben den zurückbleibenden ungarischen Verbänden dicht auf den Fersen und haben bereits an mehreren Stellen die Theiß überschritten. Gestern wurde von den Rumänen der wichtige Brückenkopf Szolnok gestürmt, jedoch die Theißlinie für die Ungarn verloren ist. Das Budapest Oberkommando gibt die Niederlage zu und begründet sie mit der zahlenmäßigen Ueberlegenheit der Gegner. In hiesigen der Entente nahestehenden Kreisen erwartet man eine starke Auswirkung des rumänischen Sieges und rechnet bereits mit dem Zusammenbruch des Räteystems. Der rumänische Vormarsch soll bis zur Unterwerfung der Sowjetregierung durchgeführt werden. Die ungarische Regierung hat allerdings bereits die Konsequenzen aus der kritischen Lage gezogen und sich zu Friedensverhandlungen mit der Entente bereit erklärt. Die Räteregierung sendte auch bereits einen Sonderkommissar nach Wien, der mit dem englischen Obersten Cunningsham verhandeln sollte. Dieser aber sandte den Kommissar sofort wieder zurück, weil er nicht die genügenden Vollmachten besaß.

Die heute im Umlauf befindlichen Gerüchte von dem Rücktritt Besarun und Szamuels entsprechen nicht den Tatsachen, denn beide Volkskommissare befinden sich noch im Anze. Die Entente ist grundsätzlich zu Verhandlungen bereit. Der rumänische Vormarsch soll aber erst eingestellt werden, wenn die Sowjetregierung abgedankt hat und ein Sammelministerium gebildet ist, in dem auch die bürgerlichen Parteien vertreten sind. Die Lage läßt sich augenblicklich kurz dahin zusammenfassen, daß die Sowjetregierung nach einigen Tagen gezwungen sein wird, zu kapitulieren.

Die ungarische Räteregierung vor dem Sturz.

Wien, 30. Juli. (Melbung der Telegr.-Komp.) In Budapest kam es am Montag abend zu großen Kundgebungen der Metall- und Eisenarbeiter gegen die Sowjetregierung. Die roten Truppen, die gegen die Demonstranten aufzuziehen wurden, verweigerten den Gehorsam. Es entwickelte sich schließlich ein heftiger Kampf, in Verlauf dessen mehrere Personen verwundet und drei getötet wurden. Man erwartet den Sturz der Räteregierung in kürzester Zeit. Voraussetzungslos wird sie einer sozialdemokratischen Regierung Platz machen unter der Leitung des augenblicklich in der Schweiz weilenden Sozialdemokraten Borani.

Demission des polnischen Oberkommandierenden.

Warschau, 30. Juli. (Melbung der Telegr.-Komp.) Polnische Blätter melden aus Polen, daß der polnische Oberkommandierende in Polen, General Domborowski, seine Demission eingereicht hat. Die Ursache dieses Schrittes bilden Streitigkeiten innerhalb des polnischen Offizierskorps.

Zerlegung der polnisch-deutschen Grenze.

Lugano, 29. Juli. (Melbung der Telegr.-Komp.) Vier Vertreter der alliierten Großmächte haben die Mitglieder einer militärischen interalliierten Kommission bestimmt, die die Grenzen endgültig zwischen Polen und Deutschland festsetzen sollen. Der Oberste Rat hat ferner die Antwort auf die deutsche Note festgesetzt, welche die Einberufung einer gemischten Kommission polnischer und deutscher Vertreter nach Berlin vorschreibt und die Bestimmungen für den Uebergang der deutschen Gebietssteile an Polen.

Zusendung unerwünschter Ausländer aus Amerika.

Washington, 31. Juli. (W. B.) Neuier. Das Repräsentantenhaus nahm die Bill an, in der die Deportation der unerwünschten Ausländer vorgesehen und die Regierung ermächtigt wird, die sehr internierten weiblichen Ausländer nach Hause zu schicken.

Vertagung des Völler Generalkongresses.

Basel, 31. Juli. (W. B.) Depeschen-Agentur. In einer Versammlung des Völler Aktionskomitees wurde einstimmig beschlossen, daß in Basel der Generalkongress auf unbestimmte Zeit zu vertagen sei. Die Arbeiter wollen jedoch auf den Ruf des Aktionskomitees und werden dann sofort die Arbeit niederlegen.

Aus Stadt und Land.

Umsturz oder Ordnung?

„Es lebe die Weltrevolution, unsere Zeit ist noch nicht gekommen!“ So las man die Schlussworte eines Flugblattes, welches vor Kurzem die hiesigen Spartakisten verbreiteten. Ob der Spartakismus den vielleicht aussichtslosen Versuch machen wird, in andere Länder die Welle der bolschewistischen Bewegung hinüberzutragen, mag ihm überlassen bleiben. Doch aber in Deutschland seine Stunde nicht kommt, seine Stunde, in welcher er die letzten Reste des deutschen Besitzstandes vernichten will und alles in Scherben schlägt, dafür müssen diejenigen sorgen, die unserem armen Vaterland die letzten Güter erhalten wollen, und denen Freiheit nicht denkbar ist ohne Ordnung. Man müsse sich nicht die bolschewistische Gefahr in Deutschland noch lange nicht überwinden! Und diejenigen, welche glauben, daß der Bolschewismus seine Angriffe nur gegen die Besitzenden richte, verkennen das Wesen der Bewegung völlig. Der Bourgeois ist der Krieg von den Bolschewisten und ihren deutschen Brüdern, den Spartakisten, erklärt, den Ordnungsliebenden, in welchen jene die hauptsächlichsten Träger der verhassten Gesellschaftsordnung erblicken.

Darum ist es höchste Zeit, daß alle diejenigen, denen es ernst ist, unser Vaterland, und insbesondere auch unsere Vaterstadt einer neuen Zeit entgegen zu führen und sie vor völliger Vernichtung durch mahnungslöse Phantasten und dumme Ehemänner zu bewahren, sich zu einer Wehr zusammenschließen, welche im Augenblick der Gefahr die bolschewistischen Versuche zum Aufrühr und zur Zerstörung niederhält. Es gilt den Schatz der Freiheit und der Ordnung gegen den verdröhnlichen Umsturz, es gilt den Staat und die Regierung und unsere Vaterstadt, aber auch unser eigenes Leben und das Leben unserer Familien zu schützen! Es ist deshalb beabsichtigt, daher in Mannheim eine Einwohnerwehr zu gründen, zu welcher alle ordnungsliebenden Bürger, welchem Stande sie auch angehören, aufgerufen werden, wenn sie nur den Willen haben, ihre Stadt vor Aufrühr und Zerstörung zu bewahren. Mitglieder! Gebt acht! Bist du nicht durch die jetzige Ruhe eingeblendet! Seid auf der Hut und wahret Leben und Eigentum von Euch und Euren Angehörigen! Bedenket, daß schon das Verbandsheft, einer genügend starken Einwohnerwehr die bolschewistischen Unruhen im Raume halten wird. Je mehr sich melden, desto kleiner wird das von dem Einzelnen zu verlangende Opfer sein. Je fester gewillt die ordnungsliebenden Einwohner unserer Stadt sind, Freiheit und Ordnung zu erhalten, desto rascher wird die bolschewistische Schamfrist zerfließen.

Kommunale Bodenpolitik.

Von der Hessischen Ortsgruppe des Bundes Deutscher Bodenreformer wird uns geschrieben:

Die letzte Sitzung des Bürgerausschusses war für die Bodenreformer insofern recht beachtenswert, als darin, wohl zum ersten Male, die Bodenverhältnisse in ihrer grundsätzlichen Bedeutung erörtert, wenn auch nicht erschöpfend behandelt wurden. Die Veranlassung dazu gaben Vorträge über Bodenverhältnisse, die an und für sich gewiß nicht zu den Auswüchsen des Bodenhandels gehörten; aber das Aufmerken der prinzipiellen Frage, ob der Boden überhaupt ein Handelsobjekt sein darf, war höchlich berechtigt und erwünscht. Für diejenigen Mitglieder des Bürgerausschusses, die anstelle des Verkaufs das Erbaurecht treuen lassen wollten, war jedenfalls der Gedanke bestimmend, daß ein Vorkaufsrecht der Stadt nur solange den beabsichtigten Zweck erfüllt, als in der Stadtverwaltung der Wille vorhanden ist, das „freie Eigentum“ an diesem ehemals städtischen Grund und Boden zu beschränken. Wenn wir auch hoffen dürfen, daß die Erkenntnis des sozialen Charakters von Grund und Boden immer mehr Gemeingut wird, so wäre es doch gewagt, die diesbezügliche Entwicklung und ihre Auswirkung auf die Entschlüsse der Stadtverwaltung auf 50 Jahre mit Sicherheit voraussetzen zu wollen. Es sei daran erinnert, daß die Reformen, die Freiherr v. Stein nach dem Zusammenbruch Preußens vor 100 Jahren einführte, durchaus nicht in jenem Sinne ausgeführt und fortgeführt wurden, sonst wäre eine so weitgehende Bodenreform des Bodens, wie sie die jetzige Mitte des vorigen Jahrhunderts brachte, nicht möglich gewesen.

Was wir indessen von den heute maßgebenden Stellen der Stadtverwaltung bei Gelegenheit dieser Debatte hörten, kann, wenn hinter den Worten der erstbaldige Reformwille steht, wohl befriedigen. Es findet gewiß die Zustimmung jedes Bodenreformers, wenn Herr Oberbürgermeister Dr. Kupper den Satz prägte, daß die Benützungsgewalt, die jemand für städtischen Wohnboden zu zahlen hat, durchaus eine öffentlich-rechtliche Angelegenheit ist und keineswegs lediglich Gegenstand privater Abmachungen sein kann. Das Mietsverhältnis ist augenblicklich die Form, in der dieser Gedanke seinen organisatorischen Ausdruck findet. Doch diese aus der Not der Zeit geborene Einrichtung ist die eigentliche Lösung der Frage darstellend, ist ja ohne weiteres klar, und es ist zu begrüßen, daß der Herr Oberbürgermeister die Bildung einer Kommission anregte, welche die städtische Bodenrechtsfrage genauer studieren und die für die Allgemeinheit bestmögliche Lösung finden soll.

In der Reichsverfassung wird jetzt von der Nationalversammlung der Grundgesetz festgelegt, daß alle Bodenwertbildungen, die

Blitz um Feuer.

Von A. Bauer.

(Nachdruck verboten.)

Da gehe ich so dahin in meinem gewohnten Trost und denke dabei an gar nichts oder doch wenigstens an nichts, wozu sich der Staatsanwalt interessieren könnte, und wie unbewußte Zufriedenheit mit diesem außergewöhnlichen Zustande leuchtet es wohl auch aus den Augen, die sich ab und zu, vom Rauche einer Zigarette belästigt, hin- und her schweifen.

„Ach ja, diese Zigarette!“ — Wirklich ein kleines Kraut! — Wenn man doch öfter so etwas rauchen könnte in angenehmer Umkleehaltung mit der täglichen Sorte, die aus Aktbildblättern und Kartoffelgeschalen zu bestehen scheint. Und was den Genuss noch erhöht, ist der Umstand, daß er mit feinen Klängen verbunden ist — die gute Zigarette hat nichts gelöst, feiner Heller — ich habe sie von einem Journalisten erhalten, dem ich einige sehr zu verwendende Boshheiten über einen guten Freund in öffentlicher Stellung mittelste. Der Betreffende wird ja hoffentlich nicht erfahren, wer diese Geschichten erzählt hat, das ist die Hauptsache und schließlich... wozu hat man denn eigentlich seine Freunde?

Aus diesen angenehmen Betrachtungen wurde ich plötzlich in sehr unangenehmer Weise abgelenkt und an der Fortsetzung meines so erfolgreichen Lebenswandels gewissermaßen gehindert. Es ist ein großer, vierköpfiger Geselle, der sich mir in den Weg stellt, offenbar ein Hiesiger oder ein Hausmeister oder so was ähnliches. Er hat sich gehockt und sein Gesicht geneigt, und so welche ich unwillkürlich erschrocken zurück, ich fürchte, unüberwindlicher Weise einen Fuß zu bekommen. Aber so schimmert sind die Absichten des Hiesigen denn doch nicht.

„Warte nur Feuer,“ grüßte er im tiefsten Basse, und es ist, als ob die Worte mit einem raschenden Kettenauszuge aus einem tiefen Verteller hervorgeholt würden.

Behutsam und mit äußerster Vorsicht bringt er seinen Glanzstengel an die ihm vorgehaltene brennende Zigarette. Doch dieser scheint aus unendbarem Material gefertigt zu sein, denn obwohl kein Zehner saugt, daß ihm die Klagen aus dem Kopfe zu fallen drohen, löst er sich zu keinem Konzeptionen herbei und entschließt sich erst, nachdem er heilig gedrückt wurde, auf einer Seite Feuer zu zünden. — Diese Seite kenne ich — keine Nacht der Erde wird im Grunde sein, auch die andere Hälfte der Zigarette zum Brennen zu bringen, sie wird unter einem herrlichen Funkenregen, stützend und tröstend in ihrer ganzseitigen Einsamkeit verbleiben. Denn wann sind bei dem prototypischen Experiment die Tränen in die Augen getreten, er hebt dankend die Hand an die Wange, streift noch mit einem nachträglichen Blick meine Zigarette und tritt dann zur Seite, während ich mit dem Hundstreck jüngerer Mittelklasse meinen Weg fortsetze.

nicht durch die Arbeit des Einzelnen hervorgerufen werden, für die Allgemeinheit nutzbar zu machen sind. Dies bedeutet aber letzten Endes nichts anderes, als die „Sozialisierung der Grundrente“, d. h. desjenigen Teiles des Bodenwertes, der ohne Arbeitsaufwendung entsteht und lediglich durch die „Lage“ bedingt wird. Wäre in den letzten Jahrzehnten, in der Periode wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung, nach diesem Grundgesetz verfahren worden, so wären in den rasch emporgeblühten Industriestädten, nicht zuletzt auch in Mannheim, Hunderte von Millionen Mark bzw. deren Zinsertrag den Gemeindefiskus zugeflossen und hätten die durch kulturelle, wirtschaftliche und soziale Aufgaben bedingte Steuerlast der Bürger wesentlich erleichtert. Es kam in der Debatte im Bürgerausschuss nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck, daß neben der Verhinderung der Bodenwertbildung die Erhaltung der Grundrente für die Allgemeinheit und somit als möglich deren Rückgewinnung durch steuerliche und andere Maßnahmen das Ziel gemeindefiskaler Bodenpolitik bilden muß. Man wird nach der kurzen Aussprache vom Dienstag die Hoffnung hegen dürfen, daß die zu bildende Kommission recht fruchtbare Arbeit in einem entschieden reformfreundlichen Sinne leisten wird, zumal ja die Reichs- und Landesgesetzgebung die bisher noch vielfach vorhandenen Hemmnisse und Behinderungen mehr und mehr beseitigt. Die Ortsgruppe Mannheim des Bundes Deutscher Bodenreformer glaubt durch die Aufstellung der nachstehenden Richtlinien für kommunale Bodenpolitik gangbare Wege gewiesen zu haben:

Die Gemeinde muß alle Maßnahmen treffen, welche geeignet sind, den Mißbrauch von Grund und Boden auszuschließen und dessen Gebrauch als Wohn- und Arbeitsstätte zu fördern. Dieses Ziel wird in vollkommener Weise nur erreicht werden können, bei Stellung des freien Wohn- und Siedlungsweckes den nutzbarsten Bodens unter die Kontrolle der Gesamtheit. Solange das geltende Bodenrecht nicht geändert ist, müssen durch die nachstehend geforderten Maßnahmen die schädlichen Nebenwirkungen desselben bekämpft werden.

1. Die Gemeinde darf grundsätzlich keinen Grund und Boden mehr zum freien Eigentum verkaufen, sondern muß sich wenn sie solchen in Benutzung gibt, durch Erbaurecht oder anderen Rechtsformen die Oberhoheit über ihren Grundbesitz sichern. Darüber hinaus muß sie bestreben sein, denselben zu vermehren.
2. Die Grundsteuer ist nach dem gemeinen Wert auf Grund von Selbsterschätzung zu erheben, wobei eine Unterscheidung zwischen bebauten Gelände (bzw. Hausgarten) und unbebautem Boden zu machen ist. Die Steuer auf den letzteren ist höher anzusetzen und nach dem Grade der Bebauung zu kassieren. Notwendig ist daher bei der Schätzung eine Trennung zwischen Bodenwert und Arbeitswert (Gebäude etc.) des Grundstücks. Die Selbsterschätzung bildet die Grundlage für die Entgeltnahme im Bedarfsfalle. Ein Abzug der auf einem Grundstück ruhenden Schulden ist bei der Berechnung der Steuer nicht zulässig.
3. Die Bodenwertsteigerung ist bei einem Verkauf möglichst vollständig steuerlich zu erfassen. Es muß hinstreten ein Verkaufserlös der Gemeinde am Boden ihrer Gemerkung. Eine Aufrechnung der Zinsen für das in Grundstücken angelegte Kapital darf nicht stattfinden. Der Reaktionsanteil an der Wertzuwachssteuer ist von der Gemeinde in voller Höhe zu erheben.
4. Baukostenzuschüsse aus öffentlichen Mitteln sind nur unter Bedingungen zu gewähren, durch welche Spekulationsmöglichkeiten jeder Art unterbunden werden.
5. Die Gemeinde soll alle geeigneten Maßnahmen, welche zur Durchführung einer gesunden Bodenpolitik zur Verfügung stehen, zielbewußt und kräftig anwenden und auf die maßgebenden Stellen in Staat und Reich im Sinn des gesetzgeberischen Ausbaues solcher Maßnahmen einwirken.

H. Vorträge Siegfried Hermann. In den beiden Vorträgen von vorgestern und gestern hatte der Redner die Lösung der Geschlechtsfrage des Weibes bezw. des Mannes verprochen. „Blutung“ ist ein großes Wort, angelehnt der Tatsache, daß an dem Sexualproblem — dem Problem der Probleme! — schon mancher scharfer Kopf stumm geworden ist, ohne dem Grund dieses Geheimnisses wesentlich näher gekommen zu sein. Auch der Vortragende konnte u. U. das große Verprechen, das auf den Hinhaltungen prangte, nicht einlösen. Das Gute, was er brachte, war nicht neu und das Neue bedarf noch einer sehr gründlichen Durchdringung und Erprobung, ehe es der Allgemeinheit mit einiger Aussicht auf den versprochenen Erfolg empfohlen werden kann. Die beiden Abende waren sehr gut besucht. Mit wohl großem Interesse und Aufmerksamkeit des Publikums den Ausführungen des Redners folgte, dem bis nach dem geistigen Vortrag eingehende lebhafteste Diskussion.

Das Fest der silbernen Hochzeit feiert morgen Herr Karl Bauer, Karlsruhbühler, mit seiner Ehefrau Marie geb. Deß, Obenstraße 12.

Todesfall. Der Leiter der Kreiswinterschule in Offenbura, Oekonomierat Huber, der seit nahezu 20 Jahren in diesem Amt tätig war, ist im Alter von 57 Jahren gestorben.

Aus Ludwigshafen.

Der Post- und Telegraphenarbeiter wurde der von Ministerium zugelandene Wochenlohn von 100—103 M. auch von der Besatzungsbehörde genehmigt.

Rus also weiter! — Woran hatte ich eben gedacht? — So richtig an meinen guten Freund, — Ra, der wird schauen, wenn er morgen in seinem Heftblatt „Das tägliche Donnerwetter“ Geschichten liest, die...

„Gardon, mein Herr, darf ich bitten?“
Diesmal scheint es ein moderner Dichter zu sein, der mir mit großer Handbewegung seine Zigarette unter die Nase schiebt, eine mächtige St. Luke und eine Kranache gleich einer Karosy scheinen auf diesen bedeutenden Beruf hinzudeuten. Auch der Umstand, daß die Woge gleich einem Fragezeichen auf der Stirne haftet, bestärkt meine Annahme.

„Gestatten!“ — Damit hat er meine die Zigarette haltende Hand ergriffen, diese der Zigarette genähert, die er zwischen die Lippen gepreßt hat. Dann einige kräftige Züge, die Zigarette brennt und mit einem kurzen „Danke sehr“, schenkt er meine Hand von sich, daß die Gelenke nur so knarren. Der Herr Gehet ein derartiges Benehmen von dem Umgang mit seiner Ruhe gewohnt zu sein, und ich wundere mich, nicht auch noch einen Fußtritt erhalten zu haben. Als ich ihn aber einige unpassende Worte sagen wollte, war er ihm gewiß verschwunden.

Herzerglück sollte ich meinen Weg fort, indem ich bei meiner Zigarette Trost suchte, die mir auch bald stehevoll über die momentane Berührung, die die kurze Berührung mit der modernen Technologie in mir hervorgerufen hat, hinweghilft. Jetzt bin ich begierig auf den nächsten, der da kommen wird, um sich durch meine Vermittlung zu etwas Feuer zu verschaffen.

Ah, da ist er schon.
Ein kleines Männchen mit großen Höchern in den Klauen und eben solchen Ventilationsöffnungen an den Füßen näherte sich demüthig mit blickenden Blick. Er präsentierte mir mit feinsten demüthiger Miene einen etwas breitgedrückten Stummel, den er unter einem Herde hervorgerufen haben mochte und dem er nun noch einige Bergungswünsche abzugewinnen hoffte. Dieser Stummel besaß der Mann noch eine glühende rote Nase, an der er sich eigentlich viel bequemer sein Raucherquast hätte anzünden können, als bei mir. Da ich fürchte, mir an dieser Nase das Gesicht zu verbrennen, reichte ich dem Manne meine Zigarette zum Gebrauche. Während er diese benutzte, war ich in den Anblick des Rauchstiefers, der sich in dem Besatz des Mannes hielt, mochte, derart verblüfft, daß ich erst wieder aufmerksamer wurde, als er mir mit einer tiefen Verbeugung die Zigarette reichte, um dann mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit dem Stummelplage zu verschwinden. Und doch hatte er auch alle Verlöbte, ich hätte ihn sonst gerührt hätte mir dieser Herr keinen Stummel gegeben und mit meiner Zigarette das Weite gesucht, weshalb ich zu meinem größten Bedauern nur diesen einen zu Boden klauen konnte.

Aber mir ist noch eine kommen.

Aus dem Lande.

× Boden-Boden, 30. Juli. In der Aufhebung des unter dem Namen „Sportingklub“ im Hotel Metzger hier betriebenen Spielzubs leitete der „Vollstrecker“ nach folgendes mit: Nach den Mitgliedern des Zubs waren am Sonntagabend noch etwa 100 sogenannte „Kasse“ anwesend und alle Spielstühle waren in Betrieb. Nachzu 100 000 Mark an einbezogenen Spielgeldern, um die der Kampf in der Nacht gehen sollte, konnten beschlagnahmt werden. Nach dem festgesetzt worden war, daß es sich bei dem Klub nicht um eine geschlossene Gesellschaft handelte, wurde er geschlossen und außer den Geldern auch Papiere und Bücher beschlagnahmt. Der „Vollstrecker“ behauptet, daß nach verlässlichen Mitteilungen eines Klubmitgliedes in der unerschöpflichen Weise jede Nacht gemerkmäßig gepöblt wurde. Als Präsident des Zubs wird in dem Blatte General von Buttammer genannt, als Stellvertreter Oberstmann Graß, Rittmeister von Wehr und Rittmeister Kaiser. Als Hauptkassiere werden ein Industrieller namens Brinck und ein Herr Lamb bezeichnet.

× Königfeld i. Sch., 30. Juli. Des wackrigen, noch modernsten hygienischen Grundrisses eingerichtete kleine Kinderheim der Schwester Frieda Klumpp ist der Unterhändlerin Heideberg von der Behörde als Stütze zum Geschenk gemacht worden, mit der Bedingung, daß das Heim in der bisherigen Weise zum Wohl erholungsbedürftiger Kinder fortzuführen ist. Der Wert der Schenkung beläuft sich auf etwa eine halbe Million.

× Sulzburg bei Staufen, 30. Juli. In dem von uns gemeldeten schweren Ausschreitungen gegen Beerenfassmaler wird noch berichtet, daß bei dem Angriff der Rüstertreuer gegen die Heidebeeren sammelnden Männer, Frauen und Kinder zahlreiche Verletzungen vorgekommen sind. Einem Mann wurde mit einem Gewehrkolben der Schädel eingeschlagen, jedoch der Verletzte gekorben ist. Eine Frau erlitt eine sehr schwere Armverletzung.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

× Malsheim, 30. Juli. Beim Ausschlagen von Gebäll kam ein Arbeiter dem elektrischen Hochspannungsdruck zu nahe und stürzte in die Tiefe. Der Gefährte ist der Zimmermann Walter aus Worms, der zahlreiche Kinder hinterläßt.

× Worms, 30. Juli. Festgenommen wurde eine aus fünf jungen Leuten bestehende Diebesbande wegen Diebstahls von Rohstoffen mittels Einbruch im Werte von 3500 M. — Aus unglücklicher Liebe nahmen sich in der vorletzten Nacht der 19 Jahre alte Schiffer Josef Götter und die 18 Jahre alte Koblerarbeiterin Margarete Benz, beide von hier, durch Einatmen von Schwefelgas das Leben. Die Mutter der Benz verstarb macerata Gasgeruch im Hause. Beim gemächlichen Öffnen der Tür fand man das Paar als Leichen vor.

× Saarbrücken, 30. Juli. Am Sonntag vormittag wurde der Jagdbühler Schneider aus Sarreguemines durch einen Kontrollschuss durch sein Rohr von Wühleren durch einen Hundschuß so schwer verletzt, daß er nach mehreren qualvollen Stunden starb.

Sportliche Rundschau.

× Einigung im deutschen Radfahrer-Sport. Am Samstag und Sonntag fand in Nürnberg der Bundestag des deutschen Radfahrerverbands und der Kongress der allgemeinen Radfahrervereinigung statt. Nach fast 24stündiger Trennung wurde einstimmig die Beschließung der beiden Verbände unter dem Namen „Bund deutscher Radfahrer“ beschließen. Die Sitzungen, zu der Vertreter aus dem ganzen Reich erschienen waren, und die unter Leitung von Dr. Martin-Charlottenburg bezw. Kriegsratsrat Becker standen, nahmen auch weiterhin einen erfreulichen Verlauf, der, auf einen guten Wiederaufbau des deutschen Radfahrersports schließen läßt. Auch vom sächsischen Radfahrerverband war die Zustimmung für den Anschluß an den neuen Bund gegeben. Die nächste Geschäftsversammlung wird voraussichtlich im Februar 1920 in Leipzig stattfinden. Ferner ist die Abhaltung eines Bundestages im Jahre 1920 geplant, sowie ein großes sportliches Bundesfest, für das als Festort Kachen in Aussicht genommen ist. Die Wahl des Vorstandes ergab als 1. Vorsitzenden Dr. Paul Martin (Charlottenburg), als 2. Vorsitzenden Kriegsratsrat Becker (Schwerin), als Vorsitzender des Sportausschusses Eduard Seelig (Hannover), als Hauptwort in den Reichsausschuss Paul Förster (Berlin). Die Bundesvereinsvereine 1919 sollen auf der Radrennbahn in Breslau ausgefahren werden.

× Arbeiter-Wasserport-Verband. Am vergangenen Sonntag fand in der Schillerhalle ein Vortrag des Kreisvorsitzenden L. Weidmann-Frankfurt a. M. statt, über die Bedeutung des Schwimmens und Badens für die Arbeiterschaft, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Derselbe folgte eine lebhafteste Diskussion durch Vertreter des Arbeiter-Schwimmervereins Heideberg, Wasserportverein Bornstedt und des Mannheimer Schwimmervereins. Der Vortragender leitete Paul Bauer konnte nach Beendigung der Diskussion, zu welcher der Kreisvorsitzende das Schlußwort hatte, den Arbeiter-Schwimmerverein als anerkannt erklären, welchem sofort 31 Mitglieder beitraten.

Handel und Industrie.

Die Frankfurter Einfuhrzölle.

Frankfurt, 31. Juli. (W. A.) Die ersten kurzen Mitteilungen über die internationale Einfuhrmesse in Frankfurt a. M., die erstmals vom 1. bis 15. Oktober d. J. stattfinden wird, haben allenthalben lebhaften Beachtung gefunden. Das seien die zahlreichen bis jetzt vorliegenden Anfragen aus dem In- und Auslande über die Bedingungen der Einfuhrmesse ist. Das Büro des Reichsausschusses hat alle Hände voll zu tun, um die Wünsche nach Auskunft vorzuzusetzen und zu erfüllen. Es geht Optimismus und Zutrauf dazu, in dieser Zeit, in der noch so viel unklar ist, was gerne gefordert zu sein verlangt, ein so großes Wert in Aussicht zu nehmen, wie es die Einfuhrmesse in Frankfurt darstellt. Umso erfreulicher ist es, daß das Interesse für das Unternehmen, von dem man bestimmt erwarten darf, daß es sich als segensreich für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben erweisen wird, so rasch und lebendig ist. Aus dem neutralen Ausland liegen sowohl aus der Schweiz und aus Holland wie aus den skandinavischen Staaten Nachrichten vor, die erkennen lassen, daß man in diesen Ländern plant und zum Teil schon beschlossen hat, auch von amtlicher Seite die Teilnahme an der Frankfurter Einfuhrmesse zu ermöglichen. Anfragen werden von der Reichsleitung, Festhalle, Frankfurt a. M., beantwortet.

Frankfurter Wertpapierbörsen.

Frankfurt a. M., 31. Juli. (W. A.) Die in der gestrigen Abendbörse eingetretene Besserung hielt bei Beginn teilweise an. Ramentlich in einzelnen Spezialpapieren entwickelte sich ein lebhafter Verkehr zu besseren Kursen. Festere Haltung überwog für Benz-Aktien, die auf günstige Abschlußerwartungen gestützt wurden. Auch Deutscher-Lloyd-Aktien wurden zu besseren Kursen umgeleitet. Von anderen Wertes des freien Verkehrs sind deutsche Petroleum und deutsche Erdöl gefragt. Kanada-Papier beauftragten den Kursland. Womöglich stellen sich im Anschluß an Wien niedriger. Schanungsdam blieben zunächst fest. Deutscher-Gesellschaft-Fabrikation mit 170 1/2 Proz. höher um. Am Montanaktienmarkt übte die Autobewegung beschleunigt. Deutscher-Lloyd-Aktien wurden auf. Elektrische Werte wiesen nur geringe Kursveränderungen auf. In den meisten chemischen Werten zeigte sich mäßige Abschwächung. Abwärtsgefragt waren Hartwerke-Hochst + 3 Proz. Schellackaktien 1 Proz. gebessert. In Schiffbauaktien zeigte sich alles Bedacht. Deutscher Lloyd wurden ca. 1 Proz. höher bezahlt. Im Rentenmarkt waren Deutsche Anleihen unverändert. Kriegsanleihe 61.60 bis 61.50. Hypothekendarlehen besser. Der Einheitsmarkt der Inhaberkontenwerte behielt eine behauptete Tendenz. Gegen Schluss der Börse wurde die Tendenz vorwiegend in Petrolwerten und Benzaktien wieder schwächer, da Gewinnabgaben erfolgten. Auch der Wert der Reichsanleihe wurde noch. Montanpapiere waren gut bezahlt. Deutscher Lloyd 61.60.

Düsseldorf, 31. Juli. (W. A.) Die Eisenbahnen-Beschlüssen zeigen eine Abnahme von 10 Prozent vor.

